

Bundes-Git

Open-Source-Repository Open CoDE für die öffentliche Verwaltung

Das Bundesinnenministerium stellt die Plattform Open CoDE bereit, mit der öffentliche Verwaltungen Open-Source-Software austauschen und gemeinsam entwickeln können. Das Projekt macht vieles richtig, aber bis zum Erfolg ist es noch ein langer Weg.

Von Keywan Tonekaboni

Ohne öffentliches Tamtam hat das Bundesinnenministerium die Open-Source-Entwicklungsplattform Open CoDE in den Regelbetrieb überführt. Lediglich ein unscheinbarer Tweet von Staatssekretär Markus Richter, dem Chief Information Officer (CIO) der Bundesregierung, rief Ende Juni zur Beteiligung an der Plattform auf.

Open CoDE soll der öffentlichen Verwaltung als zentrale Plattform für den Austausch und die gemeinsame Entwicklung von Open-Source-Software (OSS) dienen. Die Plattform besteht aus einer selbst betriebenen Instanz der verbreiteten webbasierten Versionsverwaltung GitLab

sowie einem Softwarekatalog und einem Diskussionsforum. Auf den Weg gebracht wurde das Projekt vom Bundesinnenministerium sowie den Bundesländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Der kommunale IT-Dienstleister Komm.ONE betreibt die Plattform.

GitLab bietet für die kollaborative Softwareentwicklung typische Funktionen wie Quellcode-Repository, Bugtracker und Wiki. Der davon unabhängige Softwarekatalog soll die Suche nach Kriterien wie Einsatzgebiet, Betriebssystem oder Entwicklungsstand erlauben. Dazu müssen Softwareprojekte in einer Textdatei Metadaten im Format „publiccode.yml“ hinterlegen, einem in Italien entwickelten Standard. Während unserer Recherche klappte aber die Filterfunktion nicht.

Laut Bundesinnenministerium soll Open CoDE die „ebenenübergreifende Arbeit“ an verwaltungsrelevanten Softwareprojekten fördern und Transparenz über bestehende Open-Source-Lösungen in der Verwaltung herstellen. Die Plattform richtet sich also in erster Linie an Behörden und öffentliche Träger aus ganz Deutschland oder von ihnen beauftragte Dienstleister. Nur diese dürfen Projekt-Repositories anlegen.

Behörden sollen sich so ohne aufwendige eigene Recherche darauf verlassen

können, dass sie die Software bei sich einsetzen dürfen. Dabei helfen ein Leitfaden zur Lizenzierung und eine Liste, welche Lizenzen dafür infrage kommen.

„Codemüllhalde“

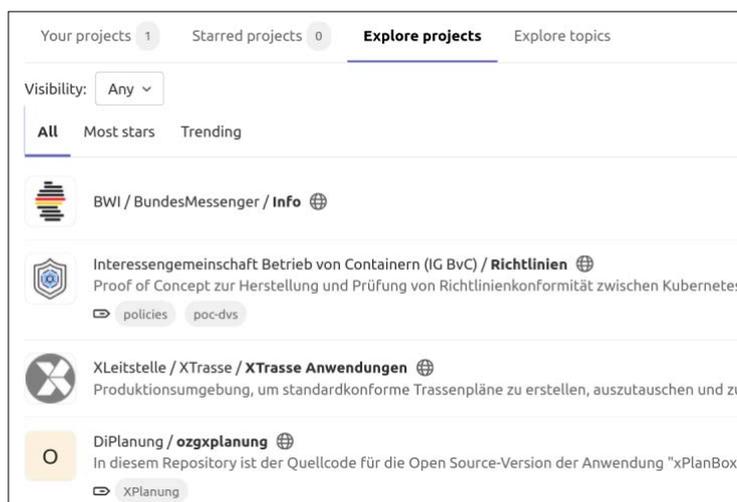
Die Hackerin Lilith Wittmann kritisierte Open CoDE auf Twitter teils heftig und nannte die Plattform eine „Codemüllhalde“. Letzteres macht sie daran fest, dass viele Projekte nicht sichtbar aktiv waren. „Eine OSS-Plattform macht leider noch keine OSS-Kultur“, konstatierte Wittmann. Sie selbst hat auf GitHub mit dem Projekt bundesAPI die Dokumentation staatlicher Schnittstellen initiiert.

Jeder dürfe an der Entwicklung der Software-Projekte mitwirken, versicherte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums gegenüber c't. Alle Inhalte sind ohne Registrierung abrufbar. Wer sich an der Entwicklung der dort gehosteten Projekte beteiligen will, muss sich registrieren, so wie es auch bei GitHub oder anderen GitLab-Instanzen üblich ist. Darauf auf Twitter hingewiesen, bemängelte Wittmann „komplizierte Nutzungsbedingungen“, die aber bei Open CoDE deutlich kürzer und verständlicher sind als etwa bei GitHub.

Außerdem gibt es keinen Zwang, alle öffentlichen Software-Projekte nun bei Open CoDE abzuladen. Andere Plattformen können weiter verwendet werden, für eine Veröffentlichung im Software-Verzeichnis muss der Quellcode allerdings auf Open CoDE gespiegelt werden.

Im Rahmen unserer Recherche konnten wir auf gitlab.opencode.de ohne Probleme ein vorhandenes Projekt ableiten (forken), Änderungen daran durchführen und diese als Merge-Request wieder einreichen. Dieser wurde auch bearbeitet und angenommen, wenn auch nicht so flink wie bei vitalen Open-Source-Projekten, sondern mehr mit der Gemütlichkeit einer Amtstube. Tatsächlich sind aber viele der gut 100 Projekte nicht sonderlich aktiv oder haben lediglich das Projekt-Repository mit erstem Upload angelegt. Zudem ist es ausdrücklich gestattet, GitLab-Repositories nicht nur für Quellcode, sondern auch für die Entwicklung von Konzepten anzulegen, was ungewollt zum Papiertiger-Bild beiträgt.

Andere Open-Source-Aktivisten können die harsche Kritik nicht nachvollziehen und begrüßen die Plattform grundsätzlich. „München hat uns gelehrt, dass man eine Verwaltung mitnehmen muss“, warnt Alexander Sander von der Free Soft-



Im GitLab kann man unkompliziert an Softwareprojekten der Verwaltung mitarbeiten, aber derzeit sind sogar die Aktivitäten der Projektbesitzer selbst noch überschaubar.

ware Foundation Europe (FSFE) vor zu radikalen Forderungen. Die FSFE setzt sich mit der Kampagne „Public Money, Public Code“ seit Jahren für den Vorrang von freier Software bei staatlichen Projekten ein. „Es geht nicht darum, möglichst schnell, sondern gut vorwärtszukommen“, plädiert Sander.

Auch Peter H. Ganten, Vorsitzender der Open Source Business Alliance (OSBA) zeigt sich zufrieden: „Mit Open CoDE haben die Verwaltungen ganz im Sinne der Open-Source-Kultur die Möglichkeit, neue Wege zu gehen und passende Lösungen für die eigenen Anforderungen zu finden und zu erarbeiten.“ Ganten sieht in der Plattform auch keine Insellösung. „Weil es sich bei OpenCoDE um ein Standard-Git handelt, kann das Repository auch mit Gits anderer europäischer Plattformen verbunden werden.“ Die positive Einschätzung der OSBA verwundert wenig, das Projekt beruht auf der Idee einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von OSBA und Vitako, dem Verband der kom-

munalen IT-Dienstleister. Im Herbst 2020 hatten die beiden Verbände in einem Positionspapier einen „Ort für öffentlichen Code“ skizziert, mit der sie den Bundes-CIO Markus Richter für ein Pilotprojekt gewinnen konnten.

Fehlende Ressourcen

Im weiteren Verlauf sei es dennoch ein schwieriger Prozess gewesen, Ministerium und beauftragte Berater über Open-Source-Software aufzuklären, schildert ein Mitglied der Arbeitsgruppe gegenüber c't. Open CoDE sei daher eine Kompromisslösung mit Verbesserungspotenzial. So sei es jetzt vor allem eine Plattform für die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen, während private Firmen aus dem Open-Source-Umfeld nicht im gewünschten Maß integriert seien. Zudem liege der Fokus in der technischen Bereitstellung.

Die ist auch für Alexander Sander von der FSFE nur ein Baustein. Man brauche dafür auch Ressourcen, etwa für Schulun-

gen oder Community-Management. Im ersten Haushaltsentwurf hatte die Ampel-Koalition zunächst überhaupt keine Gelder für Open-Source-Vorhaben wie dem geplanten „Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung“ (ZenDiS) vorgesehen. Dabei soll das ZenDiS in Zukunft die Trägerschaft übernehmen, da Open CoDE Teil der Deutschen VerwaltungscLOUD-Strategie ist. Dafür sind nun gut 700.000 Euro vorgesehen.

Trotz der aktuellen Probleme bietet die Plattform die notwendigen Voraussetzungen. Sie geht mit gutem Beispiel voran und setzt Open Source wie das publiccode-Format aus Italien ein statt eigenbrötlerische Neuentwicklungen. Der Verweis auf die beteiligten Ministerien hilft Open-Source-Befürwortern innerhalb der öffentlichen Verwaltung, so manche Bedenken aus dem Weg zu räumen. Die auf Open CoDE vertretenen Projekte müssen sich aber trauen, ihre Software in aller Öffentlichkeit zu entwickeln. Erst so wird die Plattform attraktiv. (ktn@ct.de) 